



Glienicker Straße 36, D-14109 Berlin, Telefon: +49 30 805 54 63, Fax: +49 30 80 60 21 74, kf-schinkel@itskom.net

P pdf 594

Berliner Zeitung

22. Oktober 2016: „*Beim Thema Mobilität schauen viele nach Berlin*“

Michael Müller über seinen Ausflug nach Quito

Interview: Charlotte Bruneau

Es sind ganz große Fragen, mit denen der Bürgermeister in den vergangenen Tagen in Quito beschäftigt hat. Zum Beispiel die nach der Zukunft der weltweiten Megacities. Michael Müller (SPD) leitete für die deutsche Delegation die Verhandlungen beim UN-Weltsiedlungsgipfel Habitat.

Der Schwerpunkt der Habitat-III-Konferenz und der "New Urban Agenda" liegt auf der nachhaltigen Stadtentwicklung. Was hat das mit der Situation in Berlin zu tun?

Die Themen, die im Rahmen des Habitat- Prozesses diskutiert werden, beschäftigen uns in Berlin auch sehr. Berlin erlebt die gleichen Veränderungsprozesse wie viele Städte weltweit. Immer mehr Menschen' kommen in die Stadt und wollen öffentliche Dienstleistungen, also Krankenversorgung, Mobilität und Bildung. Diese müssen organisiert werden, und gleichzeitig soll darauf geachtet werden, dass sich soziale Spaltungen nicht vertiefen. Das spielt eine große Rolle weltweit, und natürlich auch in Berlin.

Sie besuchten vergangene Woche auch die "Metropolis" in Bogota, die außerordentliche Konferenz der Direktoren des weltweiten Städtenetzwerks: Welche Ideen und Kontakte nehmen Sie mit nach Berlin?

Bei solchen Veranstaltungen geht es um das Vernetzen und um das Voneinanderlernen. Zum Beispiel spielen Partizipations-Prozesse in den Städten eine zunehmende Rolle. Die Erfahrungen von verschiedenen Städten sind ganz unterschiedlich. Die' einen haben gute Erfahrungen mit speziellen Online-Angeboten, die anderen sagen, dass man viel mehr Bürgerversammlungen und direkte Gesprächssituationen braucht. Entscheidend ist, diese Erfahrungen aufzunehmen, auszuwerten und einzuschätzen, was für die eigene Stadt passen könnte. Das geht immer sehr gut auf der Metropolis-Konferenz.

Sind auch konkrete Partnerschaften im Rahmen von Metropolis entstanden?

Ja. Mit Buenos Aires haben wir eine Klimapartnerschaft verabredet, mit Johannesburg, dass wir unsere Mobilitätssysteme kritisch vergleichen. Die Stadt Berlin hat mit Paris im Rahmen der Ziele der Klimakonferenz gemeinsame Initiativen besprochen. Außerdem wurde in Amsterdam eine Bürgermeisterkonferenz abgehalten zur Frage, wie wir Städte mit der Aufnahme von Flüchtlingen umgehen sollen. Es gibt hierzu einen ständigen Austausch im Rahmen der Netzwerke.

Ein wichtiges Thema der Habitat III-Konferenz hier in Quito ist das Konzept des "Rechts auf Stadt" (right to the city). 40000 Menschen ziehen jedes Jahr nach Berlin. Welche Herausforderungen entstehen daraus?

Das Thema Wohnungsbau ist besonders wichtig. Die Menschen, die in Berlin ankommen, brauchen eine bezahlbare Wohnung. Das ist eine sehr große Herausforderung. Wichtig ist, nicht nur am Stadtrand neue Wohnungen zu bauen, sondern über die ganze Stadt verteilt, damit es nicht zu sozialen Ausgrenzungen kommt. Mietwohnungen und bezahlbare Wohnungsangebote zu schaffen, spielt in Deutschland und in Berlin eine große Rolle.

Sie haben während der Habitat-III-Konferenz viel über Flüchtlinge gesprochen. Welche konkrete Maßnahmen hat Berlin unternommen, um diese Menschen zu integrieren?

Wir haben in Deutschland seit 2015 eine Million Flüchtlinge aufgenommen. In Berlin sind es 100 000. Das ist eine zusätzliche Herausforderung, da die Bevölkerung ohnehin wächst. Im Bildungsbereich haben wir zum Beispiel kleine Willkommensklassen für die Kinder organisiert, in denen sie in Zwölfergruppen besonders geschult werden, damit sie schneller die Sprache lernen. Das wird sehr interessiert aufgenommen von den Bürgermeister-Kollegen. Wir wollten helfen und wollen es immer noch, mit Wohnraum und Bildungsangeboten. Auch hier in Quito wollen wir vermitteln, dass es eine große Aufgabe ist für eine Stadt, so vielen Menschen zu helfen und dies zu organisieren.

Mobilität ist auch ein wichtiger Aspekt der UN-Konferenz. Wie kann der Berliner Nahverkehr verbessert werden?

Die Vernetzung der Mobilitätsangebote, also Radverkehr, Busverkehr oder Individualverkehr, spielt eine große Rolle. Diese Angebote müssen miteinander kombiniert und integriert werden. In Berlin ,haben wir eine gute Situation. Unser Nahverkehr ist gut aufgebaut, und wir haben viele verschiedene Verkehrsangebote, die auch bezahlbar sind. Gerade beim Thema Mobilität schauen viele sehr interessiert auf Berlin.

Konto bei der Weberbank AG, Berlin: IBAN: DE12 1012 0100 1800 0017 42, BIC:WELADED1WBB

Vorstand: Prof. Dr.-Ing. Willi Hasselmann, Dipl.-Ing. Gerhard Hoya, Prof. Dipl.-Ing. Mara Pindari, Wolfgang Schoele

Aufsichtsrat: Dipl.-Ing. Horst Draheim, Prof. Dr. Peter Elsner, Prof. Dr. Bernd Henningsen, Dipl.-Ing. Peter Klein (Vorsitzender), Dipl.-Ing. Hans-Karl Krüger (stellvertretender Vorsitzender)

Kuratorium: Michael S. Cullen, Dr. Benedikt Goebel, Jürgen Klemann (Vorsitzender), Prof. Dr. Manfred Klinkott, Dipl.-Ing. Kaspar Kraemer, Dr. Helmut Maier, Dipl.-Ing. Florian Mausbach, Dipl.-Ing. Hans-Walter Mühlhoff, Dipl.-Phil. Anneliese Schäfer-Junker

www.schinkelsche-bauakademie.de; **Träger** der Errichtungsstiftung Bauakademie: FÖRDERVEREIN FÜR DIE SCHINKELSCH E BAUAKADEMIE E.V.

ERRICHTUNGSSTIFTUNG BAUAKADEMIE



BAUAKADEMIE: INTERNATIONALES ZENTRUM FÜR DIE NACHHALTIGE GESTALTUNG VON LEBENSÄRÄUMEN

Glienicker Straße 36, D-14109 Berlin, Telefon: +49 30 805 54 63, Fax: +49 30 80 60 21 74, kf-schinkel@itskom.net

P pdf 494 Seite 2

Fortsetzung: „Beim Thema Mobilität schauen viele nach Berlin“

Die "New Urban Agenda implementiert werden. Welche konkreten Maßnahmen wird Berlin treffen?"

Es ist natürlich auch eine Aufgabe für die nationale Ebene, sich jetzt aktiv an der Umsetzung zu beteiligen und dafür Vernetzungsmöglichkeiten zu nutzen. Als Stadt haben wir den Anspruch, eine "smart city" zu sein, also unterschiedliche Stadtentwicklungsthemen auch mit Hilfe der Digitalisierung voranzutreiben.

DIE ERGEBNISSE

Erstmals hat die Weltgemeinschaft gemeinsame Leitlinien zur Lösung der Probleme in den stark wachsenden Städten beschlossen. Zum Abschluss des nach 1976 und 1996 dritten UN-Weltsiedlungsgipfels billigten Vertreter von rund 190 Staaten in Ecuadors Hauptstadt Quito am Donnerstagabend Ortszeit) eine neue "Urban Agenda". Sie ist aber nicht bindend.

Die Leitplanken zur Verbesserung der Lage in Städten sehen mehr Anstrengungen gegen die Zunahme i von Elendsvierteln und den Kohlenidioxid-Ausstoß vor. "Mit der neuen Stadtentwicklungsagenda bekennt sich die Staatengemeinschaft f dazu, die Städte zu stärken", lobte Bundesbauministerin Barbara Hendricks (SPD). Städte seien so f besser in der Lage, Armut zu bei kämpfen und Klimaschutz zu stärken.

Allerdings fehlen Vorgaben zum Beispiel zur finanziellen Ausstattung von Städten, um die Probleme zu bekämpfen. 70 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen fallen heute in heute in Städten und Metropolen an. **2017 wird das** deutsche Entwicklungsministerium mit der KfW-Bank über eine Milliarde Euro für internationale Investitionen in Busse, S-Bahnen, Fähren, Fahrrad- und Fußwege bereitstellen. Dadurch soll der CO2-Ausstoß in teilnehmenden Städten deutlich reduziert werden zudem könnten nach Regierungsangaben Gesundheitskosten in Höhe von 80 Millionen Euro pro Jahr eingespart werden. "Wir wollen lebenswerte Städte, weltweit. Denn nur so können wir den Klimakollaps, Elend, Gewalt und Flucht verhindern", meinte Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU). Es gab aber auch Kritik unter den über 40000 Teilnehmern, weil es kaum Lösungsansätze für soziale Probleme gebe.

"Dazu gehört der in vielen Ländern dramatische Mangel an erschwinglichem Wohnraum und der Umgang mit Armensiedlungen, die ein Resultat dieses Wohnungsmangels sind", kritisierte Almuth Schaubert, Experte für städtische Armut beim Hilfswerk Misereor. "Vertreibungen wurden bereits vor 20 Jahren als Menschenrechtsverletzung thematisiert und sind doch furchtbare Realität in vielen Städten."

Die Klima- und Stadtepertin Usa Junghans von der Organisation Germanwatch kritisierte, die "New Urban Agenda" sei in Teilen zu wenig konkret. "Messbare Ziele sowie Kriterien, um den Erfolg der Agenda zu überprüfen, fehlen völlig." Inwiefern die Agenda Städte bei der Entwicklung zu mehr Nachhaltigkeit und größerer Lebensqualität unterstütze, müsse sich noch zeigen. Positiv sei, dass besonders von Verdrängung bedrohte Bevölkerungsgruppen stärker in die Planung und Umsetzung der Stadtentwicklungspolitik einbezogen werden sollen.

(Übertragen aus der Druckausgabe der Berliner Zeitung vom 22. Oktober 2016 am 22. Oktober 2016 von Wolfgang Schoele)